

Evangelische Verantwortung



*„Wir brauchen
keine Panik,
sondern
Gelassenheit“*

Interview mit dem
Terrorismusexperten
Rolf Tophoven *Seite 3*

*„Globale Verantwortung
im Zeichen von Frieden,
Recht und Sicherheit“*

Resolution des
EAK-Bundesvorstandes
zur 45. Bundestagung *Seite 12*

- 11** *Evangelisches Leserforum*
- 14** *45. Bundestagung des EAK der CDU/CSU in Berlin*
- 16** *Neue Arbeitsmarktperspektiven für Menschen mit 50*

Liebe Leserin, lieber Leser,



„Die Verweigerung der SPD ist deshalb besonders gravierend, weil es hier um elementare Fragen der Menschenwürde und um menschliche Dramen geht.“

abtreibungen verbessert werden kann“, sträubt sich die SPD nun von neuem gegen eine dringend notwendige Neuregelung der Gesetzeslage. Die Verweigerung der SPD an dieser Stelle ist deshalb besonders gravierend, weil es hier um elementare Fragen der Menschenwürde und um menschliche Dramen geht:

Immer häufiger geschieht es, dass unter größten psychischen und physischen Belastungen aller Beteiligten Kinder zum Teil noch bis kurz vor der Geburt im Mutterleib abgetrieben werden. Ein hoher Prozentsatz dieser Abbrüche bezieht sich auf Kinder, die trotz ihrer Behinderungen durchaus lebensfähig gewesen wären. Für die betroffenen Eltern gibt es weder zusätzlich vorgeschriebene Beratungen noch ein hinreichendes psycho-soziales Betreuungsangebot. Auf Seiten der Ärzteschaft herrscht mittlerweile sogar schon die Angst, bei der Geburt behinderter Kinder in Regresshaftung genommen zu werden.

Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat in der jüngsten Vergangenheit immer wieder daraufhin hingewiesen, dass es ein ethisch schwerwiegender Irrtum sei, wenn man

bereits im November 2004 brachte die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag zur Vermeidung von Spätabtreibungen im Deutschen Bundestag ein, der von der Mehrheit der damaligen rot-grünen Bundesregierung abgelehnt worden ist. Und obwohl man sich im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 gemeinsam darauf verständigt hatte, entsprechend der Auflage des Bundesverfassungsgerichtes der Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht bei den Gesetzen zum Schwangerschaftsabbruch nachzukommen und zu prüfen, „ob und gegebenenfalls wie die Situation bei Spätabtreibungen verbessert werden kann“,

schon allein im Faktum der Behinderung eines Kindes eine medizinische Indikation und damit sozusagen eine Rechtfertigung für einen Schwangerschaftsabbruch erblicken würde. Sie hat auch aus den Erfahrungen ihrer eigenen Beratungsarbeit immer wieder angemahnt, dass es bereits ein Gebot der Pränataldiagnostik selbst sein sollte, ihre möglichen Ergebnisse vorab in eine hinreichende Informations- und Aufklärungsarbeit einzubetten. Und sie hat schließlich sogar eine dreitägige Bedenkzeit zwischen Feststellung der Indikation und Durchführung des Abbruchs sowie eine ergänzende, psychosoziale Beratungspflicht gefordert, die (mit Ausnahme der akuten Lebensgefahr für die Mutter) bei allen Fällen der medizinischen Indikation verpflichtend sein sollte. Alle diese kirchlichen Forderungen werden nun abermals in einem neuen, jetzt wieder völlig eigenständigen Gesetzesentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Vermeidung von Spätabtreibungen Eingang finden. Wir wollen damit einen Beitrag zum Lebensschutz und zur Erhaltung der Würde Behinderter leisten und betroffene Eltern stärken und ermutigen.

Im Gegensatz zur pauschalen Kritik Kardinal Meisners an den „C“-Parteien, belegt das Beispiel der „Spätabtreibungen“ augenfällig, wie sehr sich die Union, um die Fragen des Lebensschutzes und der Menschenwürde bemüht. Von allen anderen Parteien im Parlament gibt es dafür leider keine Unterstützung.

Gottes Segen
Ihr

Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

- 2 Editorial
- 3 Interview mit Rolf Tophoven: „Wir brauchen keine Panik, sondern Gelassenheit“
- 6 Zum 60. Jahrestag der Gründung Israels
- 11 Evangelisches Leserforum
- 12 EAK-Resolution: „Globale Verantwortung im Zeichen von Frieden, Recht und Sicherheit“
- 14 45. Bundestagung des EAK der CDU/CSU in Berlin
- 16 Neue Arbeitsmarktperspektiven für Menschen mit 50
- 17 Aus unserer Arbeit
- 19 Berliner SPD betreibt antikirchliche Politik



„Wir brauchen keine Panik, sondern Gelassenheit“

Rolf Tophoven im Gespräch mit dem Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU, Christian Meißner

Der bekannte Journalist und Terrorismusexperte, Rolf Tophoven, bezieht Stellung zu vielen uns derzeit bewegenden verteidigungs- und sicherheitspolitischen Themen. Im folgenden Interview analysiert er das derzeitige terroristische Bedrohungsszenario in Deutschland, gibt eine Einschätzung der Lage in Afghanistan, im Irak und im Nahen Osten, kommentiert aktuelle, sicherheitspolitische Konzeptionen und würdigt die jüngste Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Aus Gottes Frieden leben“.

Herr Tophoven, wie ernst ist die Bedrohungslage in Deutschland im

Hinblick auf mögliche terroristisch-islamistische Anschläge?

Nach den massiven Terroranschlägen von 2004 in Madrid, 2005 in London, den zum Glück gescheiterten Versuchen gegen die Luftfahrt im Jahre 2006 und den Anschlägen in London und Glasgow im letzten Jahr müssen wir davon ausgehen, dass auch Deutschland ins Fadenkreuz des militant-islamistischen Terrors gerückt ist. Klare Indizien dafür sind bis heute, dass die Sicherheitsbehörden sieben geplante Anschläge verhindern konnten. Auch die zum Glück gescheiterten Kofferbombenattentäter aus dem Jahre 2006 sowie die im September 2007 festgenommene, sogenannte „Sauerlandgruppe“ sprechen eindeutig dafür, dass eben auch

Deutschland Operationsgebiet islamistischer Terroristen geworden ist, wie es der Bundesinnenminister, Dr. Wolfgang Schäuble, gesagt hat.

Welches Fazit ist aus dem bisherigen Afghanistan-Einsatz zu ziehen und welche Schlussfolgerungen ergeben sich für Sie nach dem Irak-Krieg?

Ich halte den Irak-Krieg nach wie vor für einen der Brandbeschleuniger des transnationalen militant-islamistischen Terrorismus. Dies hat folgende Gründe: Im Irak handelt es sich ja nach der Definition der Al-Kaida oder der mit Al-Kaida verknüpften Terrorgruppen um die Besetzung eines muslimischen Landes durch die Ungläubigen. So jedenfalls ist die

Interpretation der Islamisten. Die tägliche Präsenz alliierter Truppen setzt natürlich ein neues Feindbild, das es anzugreifen gilt. Ich sehe den Irak-Krieg in einer direkten Verknüpfung mit der Entwicklung in Afghanistan. Denn Afghanistan ist das zweite sogenannte operative Gefechtsfeld der militanten Islamisten. Das Beklemmende daran ist, dass es der westlichen Allianz, also der ISAF- und auch der NATO-geführten internationalen sogenannten Friedenstruppe, bis heute nicht gelungen ist, stabile gesicherte Verhältnisse herzustellen. In Afghanistan haben wir sieben Jahre nach der Niederlage der Taliban eine Rekrutierung bzw. ein Zurückkommen der Taliban im Bündnis mit arabisch-militanten Söldnern der Al-Kaida. Zunehmend wird die Lage in Afghanistan auch durch die Existenz der sogenannten islamischen Dschihad-Union, einer Splittergruppe der islamischen Dschihad-Bewegung Usbekistan, brisanter. Die Sicherheitslage, auch für die Bundeswehr, wird den internen Experten zufolge immer gefährlicher, auch im vergleichsweise ruhigeren Norden. All das Engagement der westlichen Truppen und auch Deutschlands in den Krisengebieten, besonders mit den über 3 000 Soldaten in Afghanistan, mit der Existenz der Marine vor der Küste des Libanon und mit der Ausbildung irakischer Polizeibeamter in den Emiraten wird aus der Perspektive des Terrors als Feldzug des Westens gewertet. Auch wir Deutschen sind aus deren Sicht eben Kriegspartner im sogenannten „Krieg gegen den Terror“ und gelten damit selbst auch als legitime Ziele. Jeder Anschlag gegen Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan oder auch in Deutschland selbst würde aus der Perspektive der Islamisten mit Sicherheit mit unserem Engagement, mit unserer aktiven Rolle, gerechtfertigt werden.

Der Irak-Krieg als eine terroristische „Brandbeschleunigung“: Hat sich der Westen im Kampf gegen den Terror militärisch überonnen?

Man muss wohl, sowohl wenn man die Langwierigkeit der Truppenpräsenz im Irak als auch das lange Engagement in Afghanistan betrachtet, trotz aller positiven Entwicklungen zum Beispiel etwa im Bereich der Infrastruktur, festhalten, dass es sich gerade auch in Bezug auf Afghanistan wahrscheinlich um eine eklatante Fehleinschätzung des Westens handelt. Man hat relativ schnell, bleiben wir zunächst beim Irak, die Truppen Saddam Husseins in einem Blitzfeldzug unter Führung der USA und der Briten besiegt. Aber man hat wahrscheinlich nicht erkannt, dass heutige Kriege nicht mehr nach

konventionellen Mustern geführt werden, sondern dass sie nach den Prinzipien bzw. den Regeln der sogenannten „asymmetrischen Kriegsführung“ geführt werden. Um diese „asymmetrische Kriegsführung“ geht es also letztlich und das bedeutet „Guerilla-Krieg“, besser gesagt „Terror-Guerilla“. Früher nannte man das ‚Partisanenkrieg‘. Dies ist wahrscheinlich unterschätzt worden. Heute steht man einer hochgerüsteten, erfolgreich operierenden Armada der Taliban, mit dem Koran in der einen und der Kalischnikow in der anderen Hand, gegenüber. Der Erfolg gegenüber der militärisch eigentlich überlegeneren Macht resultiert daraus, wie schon bei Clausewitz oder Mao Tse-tung zu studieren ist, dass man aus der Tiefe des Raumes operiert. Die Terror-Guerilla besetzt aber nicht nur den Raum sondern auch das Denken. Gerade in Afghanistan ist zu beobachten, dass in vielen der unwegsamen, gebirgigen und zerklüfteten Regionen der Terror den Raum und das Denken besetzt hält. Es ist offensichtlich eine Tatsache, dass man wohl unterschätzt hat, welche Dynamik auch durch eine Religion freigesetzt wird. Wenn wir von „Religion“ sprechen, wissen wir natürlich, dass die Islamisten den Islam pervertieren und ihn für die Rechtfertigungen terroristischer Operationen gegen den Westen missbrauchen. Auf der anderen Seite kann der Westen hundertmal auf diese Perversion hinweisen, es ist dennoch nicht zu leugnen, dass gerade auch dieser Islamismus für viele Muslime, besonders im asiatischen Raum, ein attraktives Moment darstellt.

Immmer wieder wird zudem auf die schwelenden Konflikte, beispielsweise im Nahen Osten, und auf die Rolle der USA hingewiesen und darauf verwiesen, dass diese ja auch nicht besser seien als jene, die man heute für den Terror verantwortlich macht. Das ist eben

die andere Sicht, und ich glaube, wenn man von Fehleinschätzungen spricht, dann muss ich schon sagen, dass nicht genau gelesen worden ist, welche Dynamik in gewissen Erklärungen Osama Bin Ladens steckt. Osama Bin Laden ist ja heute nicht mehr der große Operateur oder Strippenzieher für Anschläge, aber er spielt nach wie vor eine wichtige Rolle als Impulsgeber, als Motivator für radikale Muslime. Die junge, neue Generation der fanatischen Gotteskrieger kennt ihn nur noch aus dem Fernsehen, aus der Literatur, aus den Internetbotschaften, entweder in Form von Video- oder Tonbandaufnahmen. Man hat ihn selbst nicht mehr

physisch erlebt, aber die Botschaft, die Bin Laden ausgegeben hat, lautet klar und unmissverständlich: „Jeder gute Muslim ist verpflichtet, den Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen zu führen!“ Das ist in den Köpfen. Und wenn Sie, Herr Meißner, fragen, ob wir uns mit dem Kampf gegen den Terror überhoben haben, dann müssen wir wohl leider feststellen, dass mit Luftwaffe und Panzerdivisionen, also mit großen militärischen Operationen, auch mit Polizeioperationen, der heutige Terrorismus nicht zu bekämpfen ist. Es ist der viel gerühmte Kampf um die Herzen und Köpfe („hearts and minds“) der Menschen, um den es letztlich vor allem geht. Das ist, glaube ich, das große Problem. Wollte man allein militärisch wirklich erfolgreich sein, beispielsweise in Afghanistan, dann müssten die fast 60 000 ausländischen Truppen, Helfer und Institutionen um ein Vielfaches, etwa bis zu einer Zahl von 500 000 aufgerüstet werden, damit diesem Land jene Sicherheit gebracht werden könnte, in deren Schutz die zivilen Projekte gedeihen und aufblühen können.

Neben dem militärischen und sicherheitspolitischen Perspektiven gibt es bei den militärischen Konflikten ja auch noch eine, gerade für Christen zentrale moralisch-ethische Dimension. Wenn es darum geht, den Kampf um die Herzen und Köpfe zu gewinnen, stellt sich die Frage: Haben sich die USA mit ihrem Anti-Terrorkrieg und hat sich vielleicht auch die gesamte westliche Wertegemeinschaft hier einen Bären dienst erwiesen? Einschlägige Stichworte wären da natürlich die Foltergefängnisse Abu-Ghuraib und all das, was mit dem Stichwort Guantanamo-Bay verknüpft ist.

Wenn wir wiederum die Perspektive des terroristischen Gegenübers sehen, dann haben die Folterszenen aus Abu-Ghuraib oder auch der völkerrechtlich nicht zu haltende Status des Gefangenenlagers Guantanamo glänzende rhetorische Argumente gegen den

Westen für die Islamisten geliefert. Dieses wird nicht vergessen in der gesamten islamisch-muslimischen Welt, und es ist immer wieder ein Stachel im Fleisch, dass man sagt: „Gerade jene, die die Werte verkünden, und die für Demokratie eintreten, sind ja nicht besser, als wir, die man immer wieder beschuldigt. Wir wehren uns doch im Grunde genommen nur!“ – Gerade Abu-Ghuraib hat unter der Bush-Administration, unter der noch amtierenden „White House Administration“ die Reputation der USA in der gesamten arabisch-muslimischen Welt erheblich angeschlagen und auch beschädigt. Das könnte, ich sage es vorsichtig, Jahre dauern, ehe



das Ansehen der USA und die Glaubwürdigkeit wieder hergestellt sind. Vielleicht hat der neue Präsident, wer immer es sein mag, hier wirklich eine Chance, die Reputation der USA als Vorreiterrolle für den Westen wieder zu reparieren.

Lassen Sie uns noch einmal kurz in der arabischen Welt verbleiben. Sie waren vor kurzem selbst in Pakistan. Auch dort gibt es massive Bedrohungsszenarien. Welche Gefahr geht von der Talibanisierung dieses Landes für den Nahen Osten bzw. für die weltweite Sicherheit aus?

Was Pakistan angeht, gibt es alle möglichen Vokabeln, die man über dieses Land gestülpt hat. Einmal das „gefährlichste Land der Welt“, neues „Aufmarschgebiet für Terroristen“, etc. Ich würde das einmal zweiteilen: Zum einen glaube ich, dass man heute Pakistan nicht mehr von der Entwicklung in Afghanistan abkoppeln kann. Die nicht zu kontrollierende und sehr unüberschaubare, zerklüftete, über 2400 km lange Grenzregion zwischen Afghanistan und Pakistan hat ja – nachrichtendienstlichen Erkenntnissen zufolge – immer wieder als Aufmarschgebiet für Terroristen gedient. Die jüngste Entwicklung, so heißt es, ist, dass es dort wieder Ausbildungscamps geben soll, zum Teil in Form von sog. „Blitzcamps“, also Camps, die innerhalb von wenigen Tagen mit wenigen Männern errichtet werden können. In diesen Camps sollen auch westeuropäische, auch deutsche Terroristen

ausgebildet worden sein, die man dann wieder nach Europa geschleust hat. Die „Sauerlandgruppe“, die wir im letzten Jahr festgenommen haben, bestand aus zwei Deutschen Konvertiten und einem Deutsch-Türken. Das ist die große Gefahr für die Sicherheitsbehörden, dass Leute dort hingeschleust werden. Die Reise geht dann über die Türkei, in den Iran und dann weiter nach Afghanistan und ins Grenzgebiet, wo sie trainiert werden. Und dieses Training hat zweierlei zum Ziel. Entweder greifen sie, was schon geschehen ist, Installationen oder Truppenbewegungen der Alliierten in Afghanistan an oder sie kommen nach Deutschland zurück, um sich hier für irgendeine Operation vorzubereiten. Das ist die aktuelle Situation.

Die Frage ist, wie weit Pakistan in der Lage ist mit diesen Taliban- und Al-Kaida-Formationen eine Art „Deal“ zu schließen, der u.a. die Ausbildung von Ausländern verbietet. Fakt ist, dass dieses Land im sogenannten „Krieg gegen den Terror“ aber eine Schlüsselrolle spielt. Das Problem für Pakistan liegt darin, dass die Islamisten sagen: „Ihr seid sozusagen der Büttel der USA, denn ihr seid ja stärkster Partner der USA in Asien, im Kampf gegen den Terror und das verzeihen wir euch nicht!“ Und auf der anderen Seite liegt die Brisanz Pakistans natürlich darin,

dass dieses Land eine Atommacht ist. Es ist immer wieder das Horrorszenario, dass Islamisten die Herrschaft und die Zugangsknöpfe über die nuklearen Sprengköpfe bekommen könnten. Hier warne ich jedoch auch ausdrücklich vor Hysterie und Panik. Diese Installationen, die nuklearen Anlagen, in Pakistan sind, auch mit Hilfe der USA, so gesichert, dass es nicht möglich ist durch Islamisten sozusagen handstreichartig in Besitz genommen zu werden. Anders wäre es natürlich, sollte es in diesem Land einen radikalen Umsturz geben mit extrem nationalistischen, islamistischen Kräften. Aber diese Gefahr ist derzeit wohl erstmal auszuschließen.

Sie haben gerade das Stichwort der atomaren Bewaffnung geliefert. Da fällt einem natürlich der Iran ein. Der Iran hat ein Atomprogramm und die Frage stellt sich, was mit dem nuklearen Nichtverbreitungsregime passiert. Droht womöglich bei der Atomisierung des Irans ein neuer Krieg, ein neuer Brandherd?

Die Frage ist natürlich, wie der Westen mit dem Iran umgehen wird. Dass in Israel die permanenten Auslöschungsandrohungen des derzeit amtierenden Präsidenten Ahmadinedschad – angesichts der Vergangenheit, angesichts der Schoah – extrem ernst genommen werden, ist absolut nachzuvollziehen. Sollte die Weiterentwicklung des nicht friedlichen

Nuklearprogramms des Irans eine ernsthafte Bedrohung für Israel sein und sollten klare

Indizien dafür vorliegen, dass ein Schlag gegen Israel geplant ist, gehe ich von einem nuklearen Präventivschlag Israels gegen den Iran aus. Das würde mit Sicherheit mit Zustimmung der USA erfolgen.

Eine weitere Option wäre, dass die neue US-Administration anstrebt, in Verhandlungen mit dem Iran einzutreten um das Regime über die Verhandlungsstränge zu kontrollieren, denn die Aggressivität, die der Präsident des Iran permanent ausstellt, sehe ich nicht in der Masse der iranischen Bevölkerung, das sagen ja auch immer wieder Berichte von Journalisten, die das Land bereisen, dass es eben einen Unterschied gibt. Aber die Mullahs und die Hardliner sitzen eben im Iran nach wie vor an den Schaltstellen der Macht. Also ich glaube nicht, dass irgendwelche Sanktionen dieses Regime so in die Knie zwingen werden, dass der Präsident da gestürzt wird oder es eine Revolution von unten gibt, das halte ich für ausgeschlossen. Jüngste Entwicklungen deuten darauf hin, dass Israel auch allein – allerdings mit der stillschweigenden Zustimmung der USA – eine nukleare Aufrüstung des Iran militärisch verhindern könnte.

Noch kurz zu Israel. Die Christlich-Demokratische Union hat in ihrem neuen Grundsatzprogramm klar und eindeutig das Plädoyer für das Existenzrecht Israels herausgestellt. Wie ist in Israel überhaupt eine Friedensperspektive denkbar, insbesondere vor dem Hintergrund des derzeitigen Verhaltens der Hamas, die nach wie vor nicht bereit ist, von ihren radikalen Positionen abzurücken. Israel-Palästina – gibt es da überhaupt in dieser Weltzeit noch irgendeine Chance auf Frieden und Ausgleich?

Zunächst einmal erscheint der Nahost-Konflikt auf den ersten Blick nach wie vor unlösbar, wenn man die Konditionen, die beide Seiten aufbauen, betrachtet. Nehmen Sie alleine die Forderung der Palästinenser auf Rückkehr der Flüchtlinge von 1948 und nach dem Krieg von 1967. Diese Forderung kann Israel nicht akzeptieren. Denn erstens stellt sich die Frage: Wo sollen diese ganzen Menschen auf dem kleinen Flecken Palästina hin. Und zweitens würde sich damit die geographische Zeitbombe noch verschärfen und der jüdische Charakter des israelischen Staates wäre endgültig gefährdet. Eine Friedensdividende wird sicherlich von beiden Seiten Verzicht fordern müssen. Ein palästinensischer Staat auf der

Westbank, wie er sich heute darstellen würde, zersiedelt durch israelische Siedlungen, ist schwer vorstellbar. Der Gaza-Streifen wird von der radikal-islamischen Hamas regiert, die jeden Kompromiss mit Israel ausschließt.

Ich sehe die große Gefahr, dass langfristig der wahre Sieger des Irakkrieges der Iran zu sein scheint. Der Iran als neuer Machtfaktor hat Zugriff in Nahost über die radikal-islamische Hisbollah, die jetzt wiederum ihre Arme in Richtung der Hamas ausstreckt und diese ideologisch und mit Waffen unterstützt. Das ist eine riesige Klammer, die sich um Israel ausbreitet, und angesichts der Reichweiten der Hamas-Raketen, die sich permanent verbessert, angesichts der Möglichkeiten mit Waffen israelische Städte und Dörfer in der Nachbarschaft des Gazastreifens zu beschießen, ist hier ein gefährliches Droh- und Eskalationspotential um Israel gelegt.

Der Westen hat bisher, und ich schlage jetzt hier bewusst die Brücke zur UNO, im Grunde im Nahen Osten nichts erreicht. Die Hamas ist stärker denn je aufgerüstet. Die

Bundesmarine schwimmt im NATO- oder im UNO-Auftrag vor der Küste des Libanons, sie liefern spektakuläre Bilder. Aber jeder wusste, bevor die Schiffe ausliefen, dass das Schmuggelgut und die Waffen nicht über die See an die Hisbollah kommen. Und sollten sie über die See kommen, und davon können Sie ausgehen, wird nicht die in ein sehr restriktives operatives Handlungsnetz eingebundene Bundeswehr vorgehen, sondern das wird dann die israelische Marine nach dem Konzept der präventiven Selbstverteidigung des Staates Israels schon selbst durchführen. Nach dem

Libanon-Krieg, der geführt wurde, hat man UNO-Truppen ins Land geschickt. Nach wie vor ist aber der Waffenfluss vom Iran über Syrien in die Bunker, Stellungen und Waffenkammern der Hisbollah ungebrochen. Hier offenbart sich ein Versagen, denn das alles sind kraftlose Mittel, die die UNO hier aufgewendet hat. Das birgt, glaube ich, eine große Gefahr und die eigentliche Frage lautet, wie man dieses Ganze überhaupt noch kontrollieren kann. Man könnte hier noch vieles ausführen, von den Fehlern, die auch die israelische Militärplanung 2006 beim letzten Libanon-Krieg gemacht hat, einmal ganz zu schweigen. Aber das wäre jetzt wieder ein anderes Feld.

Pressemitteilung vom 14.05.2008

Zum 60. Jahrestag der Gründung Israels

Anlässlich des 60. Gründungstages des Staates Israel erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär, Thomas Rachel MdB:

„Der 60. Gründungstag des Staates Israel ist für uns ein Anlass zur Rückschau und zu großer Dankbarkeit. Als evangelische Christinnen und Christen der CDU und der CSU bekennen wir uns zu unserer besonderen Verantwortung dem Volke Israel gegenüber. Vor dem Hintergrund des beispiellosen Schreckens und der unzähligen Opfer des Holocaust wissen wir um unsere besondere Verpflichtung gegenüber Israel und bekräftigen unser unverbrüchliches Eintreten für die Wahrung und Sicherung seines staatlichen Existenzrechtes. Es ist ein Segen, dass das jüdische Volk, das in den vielen Jahrtausenden seiner Geschichte immer wieder so leidvoll geprüft, verfolgt und vertrieben worden ist, vor 60 Jahren im Lande seiner Väter endlich wieder eine dauerhafte Heimat finden durfte.“

Wir sind dankbar, dass die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten immer intensiver, vertrauensvoller und enger geworden sind: Dass der 60. Geburtstag Israels fast zeitgleich mit dem „Deutsch-Israelischen Wissenschaftsjahr“ ausgerufen werden kann, erfüllt uns mit großer Freude.

Möge sich für Israel, das leider bis zum heutigen Tage auch von Ablehnung und Feindschaft umgeben ist, der Segen erfüllen, den Gott ihm verheißen hat, und es in Glück und Frieden mit den übrigen Völkern leben können: Schalom!“

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie sehr skeptisch, was die Rolle der UNO innerhalb der internationalen Sicherheitsarchitektur angeht. Kann die UNO überhaupt, sei es in friedenspolitischer Hinsicht oder wenn es um die Umsetzung von Menschenrechten und Demokratie geht, an dieser Stelle einen zielführenden Beitrag leisten?

Ich würde es absolut kritisch sehen. So verdienstvoll sicherlich das eine oder andere UNO-Engagement sein mag: Wenn nun einmal geschossen werden muss, dann brauchen wir immer noch vor allem die Einmütigkeit. Im Sicherheitsrat brauchen wir nach wie vor die Gemeinsamkeit und jederzeit ist diese durch ein Veto der Sicherheitsmitglieder zu blockieren. Das Problem ist ja auch, dass sich heute substaatliche Akteure, nennen wir sie ruhig Terroristen, unterhalb der Schwelle nationaler Abmachungen einnisten können. Und wenn sie dann noch mit einer Anlehnungsmacht, wie die durch den Iran unterstützte Hisbollah, paktieren oder operieren, dann sollte man hier nicht allzu viel Worte verschwenden. Ich sehe nach wie vor, dass die Macht, auch die politische Macht in manchen Regionen der Welt nach wie vor – ich glaube Mao Tse-tung hat es gesagt – aus dem „Lauf eines Gewehres“ kommt, das ist leider so.

Ich habe mich in der jüngsten Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), „Aus Gottes Frieden leben“, besonders auch noch mal mit einigen Anmerkungen, die zur Rolle und zum Auftrag der Bundeswehr dort geschrieben sind, auseinandergesetzt. Dort sind noch einige mich nachdenklich stimmende Formulierungen, die auch die politische Führung sehr aufmerksam lesen sollte, niedergelegt.

Welches wären diese Punkte?

Bezüglich des Engagements der Bundeswehr in Afghanistan fehlt es völlig an einer befriedigenden „Exit“-Strategie. Es ist beispielsweise so, dass die Politik der Bevölkerung klarer sagen müsste, was sich dort abspielt. Man müsste deutlicher machen, dass Afghanistan derzeit ein Land ist, in dem ein regelrechter Krieg, eine Art „Guerilla-Krieg“, geführt wird. Man müsste die Bevölkerung auch besser auf Verluste unserer Soldaten vorbereiten. Auf der anderen Seite muss man aber auch nicht, wie es ein gewisser Herr Lafontaine tut, in populistischer Weise einen überstürzten und völligen Rückzug fordern. Denn dann würde dieses Land wahrscheinlich nur noch in die Hände der Taliban, der Warlords und der Drogenbarone übergehen, und wir wüssten dann nicht, ob sich dann nicht wieder, wie es zu Zeiten der Taliban Mitte der 90er Jahre bis zum 11. September war, ein neuer terroristischer Biotop entwickeln würde, der dann womöglich nach Europa überschwappte.

An dem Satz, dass die deutsche Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wird, ist in sofern etwas dran, als dass radikale militant-islamisierte Gotteskrieger andernfalls dort schon bald wieder ihre Ausbildung beginnen und auch nach Deutschland geschleust werden könnten, um uns anzugreifen. Das ist in der Tat eine Gefahr für Europa und natürlich auch für Deutschland.

In der EKD-Denkschrift wird ja ebenfalls gesagt, dass die Gefährdungen, wie beispielsweise der Terrorismus, am Ursprungsort bekämpft werden sollen und dass Bedrohungen auf Abstand gehalten werden müssten. Die EKD unterstreicht des Weiteren die Notwendigkeit einer breiten öffentlichen Diskussion über den Auftrag der deutschen Streitkräfte. Diese breite öffentliche Diskussion mahne auch ich an, und ich stimme vollauf zu, dass da mehr kommen muss. Es ist auch so, dass ein friedens- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept, das bisher noch nicht hinreichend erkennbar ist, keines sein kann, in das sich letztlich militärische Mittel und die Teilnahme an Militäraktionen überzeugend einfügen ließen. Das scheint

mir ebenfalls auch ein Gedanke der Denkschrift zu sein, der absolut zu unterstreichen ist.

Es wird ja in der Denkschrift keineswegs der Auslandseinsatz der Bundeswehr als solcher in Frage gestellt, aber es wird die Frage nach der strategischen Gesamtkonzeption und der Vermittlung in der Bevölkerung gestellt. Es kann nicht sein, wie hier richtigerweise ausgeführt wird, dass es nur um das bloße militärische Dabei-Sein bzw. um das büdniskonforme Verhalten gehen darf.

Wenn die EKD immer wieder „ein klares völkerrechtliches Mandat“ als Grundlage für militärische Intervention fordert, setzt man dabei sozusagen immer stillschweigend den übergeordneten Stand der UNO voraus. Das ist sicherlich förderlich und wünschenswert, trotz der doch manchmal recht hilflosen UNO-Aktionen. Die bisherigen Erfahrungen mit solchen militärischen Interventionen, auch unter deutscher Beteiligung, sei es im Kosovo, in Bosnien, in Afghanistan oder auch im Irak, zeigen aber auch, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie Ländern mit anderen Gesellschaftsstrukturen und geschichtlichen Traditionen nicht aufgezwungen werden können. Auch das unterstreicht die Denkschrift mit vollem Recht.

Es ist allerdings noch viel grundsätzlicher die Frage zu stellen, ob Länder, wie Afghanistan und Irak überhaupt demokratische Muster, demokratische Spielregeln wollen, wie wir sie nach unseren „canonices“ aufgebaut haben. Das ist die große Frage. Man muss vielleicht hier auch anders formulieren. Wenn die Leute in Afghanistan jetzt plötzlich mit dem Daumen zur Wahl gehen können oder wenn irgendwo eine Schule aufgemacht wird, wo auch Mädchen wieder kommen, dann ist das sicherlich ein wunderbar hehres friedenspolitisches Ziel, aber es nützt nichts, wenn die Schule nicht

so gegründet und abgesichert wird, dass nicht der Taliban dem Lehrer mit der Kalaschnikow droht: „Wenn Du Morgen die Schule wieder auf machst, bist du übermorgen tot!“ Diese Situationen müssen zunächst einmal beseitigt werden. Man muss sich hier immer wieder daran erinnern: Trotz der vehementen Präsenz von 500 000 US-Soldaten damals in Vietnam, stand am Ende eine Niederlage! Man muss doch schlicht und ergreifend anmahnen, dass die heute zahlenmäßige Präsenz der Truppen in Afghanistan nicht ausreichend ist. Auch die deutsche Truppenpräsenz ist ja ohnehin schon personell begrenzt und

„Man muss doch schlicht und ergreifend anmahnen, dass die heute zahlenmäßige Präsenz der Truppen in Afghanistan nicht ausreichend ist.“

deutsche Kontingenterweiterungen können nur durch das Mandat des Bundestages gehen. Aber Fakt ist, dass die Personalstärke in keinem Falle ausreicht. Förderliche Entwicklungen in kriegsgeplagten Staaten sind nur in einem gesicherten Umfeld zu gewinnen und wenn die Bevölkerung keinen wirtschaftlichen oder Entwicklungsfortschritt verspürt, droht der militärische Schutz zum Selbstzweck zu werden, und die Soldaten der Friedensmission werden in zunehmendem Maße als Besatzer angesehen. Auch das wird in der jüngsten EKD-Friedensdenkschrift richtig gesehen: Man muss die Verantwortung übernehmen, aber für Erfolg im Sinne des Konzeptes „menschlicher Sicherheit“ bedarf es angemessener Kriterien. Die Gleichzeitigkeit von Kriegsführung und Wiederaufbau, wie vermehrt in Afghanistan zu beobachten, kann den Fortschritt in Entwicklung und Vertrauensbildung beeinträchtigen, besonders wenn erhebliche Verluste der einheimischen Bevölkerung zu beklagen sind. Das heißt konkret: Wenn durch Militäraktionen auch immer mehr Zivilisten, besonders Kinder getötet werden, dann wird dieses ganze Engagement fragwürdig.

Es ist bei der gegenwärtigen Transformation der Bundeswehr auch problematisch, dass, so sagt die Denkschrift, eine einseitige Prioritätensetzung zu Gunsten der Auslandseinsätze erfolgt. Das ist ja ganz interessant was ich hier lese, da heißt es treffend: „Dieser Aufgabe wird zwar ein hoher Stellenwert eingeräumt, sie scheint aber konzeptionell noch wenig ausgestaltet und der Öffentlichkeit nicht ausreichend bewusst zu sein“ („Aus Gottes Frieden leben“, S. 97). Also muss die Politik hier vieles noch einmal überdenken. Auch dürfen wir keine Zweiklassen-Bundeswehr entstehen lassen. Das betont die Denkschrift

ebenfalls. Zusammengefasst lässt sich im Grunde genommen sagen: Es fehlt an einem Gesamtkonzept einer „Exit“-Strategie.

Es ist darum richtig, und ich darf noch mal die Denkschrift zitieren, dass die „Mitverantwortung des vereinigten Deutschland für Frieden und Sicherheit in Europa und darüber hinaus unstrittig“ ist, und die an Deutschland gerichteten Erwartungen „offenkundig“ sind. Aber mit der EKD ist eben auch zu unterstreichen: „Dies erfordert (...) ein friedens- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept, das bisher noch nicht hinreichend erkennbar ist, jedenfalls keines, in das sich militärische Mittel und die Teilnahme an Militäraktionen überzeugend einfügen“ (vgl. „Aus Gottes Frieden leben“, S. 95).

Ein wichtiger Aspekt ist auch die Frage nach den Menschenrechten. Bundeskanzlerin Merkel fordert außenpolitisch immer wieder die Beachtung und Einhaltung der elementaren Menschenrechte ein – China, Tibet, Russland. Wie beurteilen Sie das Menschenrechtsengagement der jetzigen Regierung? Und wie ist es eigentlich überhaupt möglich, über die Weltgemeinschaft, die ja in der EKD-Denkschrift auch eine herausgehobene Würdigung erfährt, zu international verbindlichen Übereinkünften zu kommen, die Freiheit, Demokratie und Menschenrechten dienen?

Es ist also absolut richtig, wenn die Bundeskanzlerin bei kritischen Staaten oder Staaten mit kritischen Verhältnissen oder mit einem kritischem Verhältnis zu sogenannten Menschenrechten die Finger in die Wunde legt. Denn es nützt nichts, nur Schönwetterparolen zu verbreiten, damit auch die Deutsche Wirtschaft den entsprechenden Auftrag bekommt. Die Deutsche Wirtschaft ist sicherlich qualitativ nach wie vor so gut, auch im internationalen Standing, dass sie die Aufträge auch so bekommen würde, aber man muss eben bestimmten Staaten schon sagen, wie es mit den Menschenrechten ist. Man muss da ohne Rücksicht auf eventuell partielle, politische Verwerfungen klare Positionen beziehen. Ich glaube, dass auch klare Positionen, wie die Kanzlerin es macht, von der Bevölkerung honoriert werden. Denn der Bundeskanzlerin, die auf Grund ihrer Biographie wohl weiß, worüber sie spricht, ist da in jedem Falle zuzustimmen. Ich glaube, dass auch ein souveräner Umgang und eine souveräne Gelassenheit mit deutschen Positionen, was die Menschenrechte betrifft, angebracht sind.

Das Gleiche gilt auch im Umgang mit dem Terror: Wir brauchen hier keine Panik, keine Hysterie, sondern Gelassenheit im Umgang mit der potenziellen Gefahr. Permanente Warnungen, hinter denen nichts Konkretes steckt, auch aus der politischen Ecke, bringen überhaupt nichts.

Eine derzeit in Deutschland sehr kontrovers diskutierte Frage ist die der rechten Balance zwischen ‚Sicherheit und Freiheit‘. Die CDU hat hierzu kürzlich Vorschläge unterbreitet: Es geht um Fragen der Online-Durchsuchungen, die Einrichtung einer zentralen, bundesweiten Abhöranlage, die Schaffung eines „Nationalen Sicherheitsrates“ oder Pläne für einen vernetzten Heimatschutz. All diese Vorschläge sind zum Teil auf heftigen politischen Widerstand gestoßen. Brauchen wir nun eine neue „Sicherheitsstrategie für Deutschland“, so heißt ja das gleichnamige Papier der



CDU/CSU-Bundestagsfraktion, oder haben diejenigen Recht, die vor einem Überwachungsstaat, vor dem Verlust elementarer Freiheitsrechte warnen und die die bisherigen Mittel für völlig ausreichend erklären?

Nur eine kurze Vorbemerkung: Wir haben nach dem 11. September, als wir uns in die Front der Anti-Terror-Kämpfer eingebunden haben, den Begriff „Krieg gegen den Terror“, den damals der Präsident Bush unter dem verständlichen

Schock des Anschlages von „9/11“ eingeführt hat, eigentlich verfrüht in der Diskussion verwendet. Denn wenn ich von Krieg spreche, dann werte ich ja den Gegner auf. Ich gewähre ihm sozusagen „Kombattantenstatus“. Der Terrorist ist aber in dem Sinne, auch völkerrechtlich, kein „Kombattant“. Daher sollte man, glaube ich, etwas vorsichtiger sein mit dem Begriff „Krieg gegen den Terror“, denn die Kritiker dieser Definition werfen häufig der Regierung vor, es werde ja alles, auch z.B. neue Gesetze, unter den Teppich des Kriegs gegen den Terror angehäuft und damit gerechtfertigt.

Zurück zu Ihrer Frage: Wir befinden uns nicht im Status eines Überwachungsstaates. Ich würde sagen, dass es nach dem 11. September vor allem um drei Schlüsselthemen ging: Die Bekämpfung des Terrorismus, den Schutz der Bevölkerung und die innere

Sicherheit. Im gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin arbeiten alle sicherheitspolitischen Behörden der Bundesrepublik Deutschlands unter einem Dach zusammen, auch das Abwehrzentrum gegen Internetterrorismus. Das ist die erste Komponente. Die zweite ist die schon damals von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble geforderte und inzwischen eingerichtete Datenbank, in der alle terroristischen Daten gespeichert werden, also die „Anti-Terror-Datenbank“. Die jüngste Komponente war die Online-Durchsuchung. Daran wurde ja immer wieder der Vorwurf des „Überwachungsstaates“ aufgehängt, aber Karlsruhe hat hier ja genau definiert, wann eine Online-Durchsuchung auch privater PCs möglich ist. Das hat der Regierung an diesem Punkt Rechtssicherheit gegeben.

Diese drei Komponenten sind ganz wichtige Instrumentarien, mit denen die Regierung arbeiten kann. Die immer wieder diskutierte Frage ist nun in der Tat, wie die Verknüpfung von innerer und äußerer Sicherheit gewährleistet werden kann. Die CDU sagt, dass die bisherige Trennung so nicht durchzuhalten ist und dass man innere und äußere Sicherheit zusammen bündeln muss, damit z.B. auch die Bundeswehr potenziell im Innern einsetzbar ist. Ich erinnere daran, dass auch heute schon bei massiven Bedrohungen, mögen sie von der See kommen, mögen sie aus der Luft kommen, in der Tat nur die

Bundeswehr helfen kann. Beim sogenannten „NBC“-Terror, also dem nuklear-biologisch-chemischen Terror hat nur die Bundeswehr und nicht die Polizei oder die Bundespolizei das Equipment, technisch effektiv einzugreifen. Ich glaube allerdings, dass wir auch ohne die derzeit parlamentarisch wohl nicht durchsetzbare Forderung nach einem Bundeswehreinsetzung im Innern, auf die Bundeswehr bauen können, wenn es hart auf hart kommt. Denn nur, um beispielsweise auf Bahnhöfen Patrouille zu laufen, ist mir die Bundeswehr von ihrem

Auftrag und von ihrem Ausbildungsniveau her zu schade. Das ist Aufgabe der Polizei und

„Wir brauchen mehr Polizeibeamte, mehr Polizei auf den Straßen und in öffentlichen Räumen.“

ich fürchte: Je mehr man diese Diskussion um innere und äußere Sicherheit führt, umso mehr wird man dazu kommen, einzusehen, dass die Polizei selbst zunächst einmal personell besser aufgerüstet werden muss. Wir brauchen mehr Polizeibeamte, mehr Polizei auf den Straßen und in öffentlichen Räumen, so wie es beispielsweise die Gewerkschaft der Polizei immer wieder fordert. Wir müssen zunächst einmal vor allem mehr polizeiliche Präsenz zeigen.

Bei der Forderung nach einem „Nationalen Sicherheitsrat“ schwingt natürlich sehr stark das US-Vorbild mit. Grundsätzlich ist, glaube ich, angesichts der oft nicht einfachen und unübersichtlichen Kompetenzfragen, die naturgemäß durch die föderalen Strukturen entstehen, die Konzentrierung in einem nationalen Entscheidungsgremium, gerade auch bei der Aufgabe der Terrorismusbekämpfung, durchaus sinnvoll. Darüber sollte man schon nachdenken, unabhängig von politischen Rivalitäten, denn ein solch zentrales Konzept kann schon sehr effizient sein und dem Ziel von klaren und schnellen Entscheidungen dienlich sein.

Ein negatives Beispiel ist das von Karlsruhe gekippte „Luftsicherheitsgesetz“. Dieses Sicherheitsgesetz ist schon von der Praxis her nicht zu realisieren. Ich habe mit Piloten und Angehörigen der Bundeswehr lange allein schon über die technische Machbarkeit diskutiert. Wenn ein entführtes Flugzeug über Deutschland ist und die Alarmtruppen der Bundeswehr aufsteigen, wir haben ja zwei, im Süden und Norden, dann brauchen die im günstigsten Falle bis zur Erreichung einer entführten Maschine mindestens 15 Minuten. Angesichts der dichten Bevölkerungsgeographie in Deutschland bringe ich als Terrorist in dieser Zeit ein Flugzeug in jedes beliebige Zentrum und damit hunderte oder tausende Menschen

um. Auch ein möglicher, präventiver Abschuss würde wahrscheinlich auch nicht über dem unbedingt freien Feld geschehen. Das alles ist also von der technisch-taktischen Machbarkeit extrem schwierig. Aber in diesen 15 Minuten, so war es ja konzipiert, sollte ja noch identifiziert werden, wo der Terrorist hinfliegt, mit wie viel weiteren Tätern man es zu tun hat und was sie sonst noch planen. Der Minister müsste informiert und dann auch die Entscheidung getroffen werden, ob es zu einem Abschuss kommen sollte. Zusätzlich müssten sie dann

noch einen Piloten haben, der das noch mit seinem Gewissen vereinbaren kann, denn er tötet ja Menschen. Vor diesem Hintergrund hat Karlsruhe gesagt, dass Leben gegen Leben schlechterdings nicht aufgerechnet werden kann. Also war dieses Gesetz so nicht möglich. Ich persönlich hielt dieses Vorhaben nach den Ereignissen von „9/11“ auch angesichts mancher regelrecht, psychotisch anmutender Reaktionen ohnehin für übereilt. Alles andere, die Online-Durchsuchung, das GTAZ, die Datenbank sind sicherlich sehr hilfreiche Argumente.

Aber wenn wir jetzt noch mal von der inneren Sicherheit sprechen, dann sage ich auch: Es ist im aktuellen Verfassungsschutzbericht nachzulesen, dass von den ungefähr 30 islamistischen Organisationen mit insgesamt 33 000 Mitgliedern nur lediglich ein kleiner Teil als potenziell Gewaltbereit einzustufen ist. Wenn das zutrifft, dann sprechen wir hier von ca. 200 bis 300 „Gefährdern“, die allerdings noch keine „Terroristen“ sind. Die größte Gefahr, die ich sehe, und die sehen auch die Sicherheitsbehörden, obschon sie es nicht immer offen aussprechen, ist hingegen der sich selbst radikalisierte, vielleicht re-islamisierte und unbekannte Terrorist, der nette Mann

von nebenan, der nette Junge aus dem Supermarkt, den die Fahndungsbehörden nicht auf dem Schirm haben. Wenn sich der nette Junge aus dem Supermarkt mit einem Sprenggürtel in die U-Bahn in Berlin stellt und die Zündung auslöst, dann haben wir nicht nur keine Chance, sondern wir hatten auch niemals eine Chance, dies vorab präventiv zu verhindern. Das ist die eigentliche und größte Gefahr.

„Konvertiten sind für Terroristen die Idealbesetzung für ein Kommando-Unternehmen“

Wenn sich der nette Junge aus dem Supermarkt mit einem Sprenggürtel in die U-Bahn in Berlin stellt und die Zündung auslöst, dann haben wir nicht nur keine Chance, sondern wir hatten auch niemals eine Chance, dies vorab präventiv zu verhindern. Das ist die eigentliche und größte Gefahr.

Sie sprechen das Thema des sogenannten „Homegrown-Terrorism“ („hausgemachter Terrorismus“) an. Hier ist ja zu fragen, ob unsere Integrations- und auch Dialogbemühungen mit den

Migranten, insbesondere denen aus den islamisch geprägten Kulturkreisen, in einer Weise gescheitert sind, die zu schwersten Befürchtungen Anlass geben müssen. Wie ist es überhaupt erklärbar, dass Menschen, die eigentlich hier aufgewachsen sind, in einer Weise radikalisiert werden, dass sie praktisch die Lebensstile, mit denen sie groß geworden sind, plötzlich völlig ablegen?

Ich halte jedenfalls das Mittel einer „Islamkonferenz“, es mag vielleicht bitter klingen, am Ende nicht für wirklich Ziel führend. Denn erstens sind die diversen islamischen Organisationen in Deutschland auch untereinander zerstritten und zerrissen. Und da ist längst nicht klar, wer hier eigentlich für wen spricht. Und zweitens sind es oft auch bloß hehre Worte, die dort gesprochen werden, die aber den potenziellen, militanten Islamisten nicht erreichen. Die Mehrheit der hier lebenden muslimischen Gemeinden – das muss ausdrücklich gesagt werden – ist ja friedlich. Es ist ein ganz kleiner Prozentsatz nur, der in die Gewaltbereitschaft und in den Terror abkippen kann. Das ist also nicht das Thema.

Das eigentliche Thema sind vielmehr die Konvertiten: Wir wissen, dass Al-Kaida versucht, instabilen deutschen Persönlichkeiten eine Alternativreligion zu bieten und sie zur Konversion zu bringen. Es gibt bei den Sicherheitsbehörden entsprechende Erkenntnisse und es lehrt schon die allgemeine Erfahrung, dass jemand, der konvertiert, sich der neuen Glaubensgemeinschaft gegenüber besonders profilieren will. Und das gleitet nicht selten in Radikalität ab. Übrigens sind Konvertiten für Terroristen die Idealbesetzung für ein Kommando-Unternehmen, denn sie kennen unsere Kultur, sie kennen die Sprache, sie sind hier aufgewachsen, sie sind unauffälliger. Das muss man wissen und da ist schon die Sorge, dass auch aus der türkischen „Community“ sich der eine oder andere lösen könnte. Die türkische „Community“ war bisher abso-

lut unverdächtig, es waren ja meistens Leute aus dem Maghreb oder aus der arabisch-muslimischen Welt. Bei den Türken war das bisher nicht so, aber bei der „Sauerland-Gruppe“ war zum Beispiel ein Deutsch-Türke dabei. Es hat sich auch ein Deutsch-Türke in Afghanistan in die Luft gesprengt. Das sind alles alarmierende und beunruhigende Indizien dafür, dass der „Homegrown“-Terrorismus in Deutschland angekommen ist. „Sauerland-Gruppe“, Weltmeisterschaft 2006, Kofferbomber – das sind alles Entwicklungen, die man sehr ernst nehmen sollte.

Was bringt nun diese Leute dazu, sich dermaßen zu radikalisieren? – Das kann zum Beispiel ein persönliches Schicksal sein, das kann eine grundsätzliche Perspektivlosigkeit sein, das kann die missionarische Ansprache durch einen umherreisenden Imam sein, der versucht, jetzt Islamisten aufzufischen und zu radikalisieren. Es gibt Wanderprediger, die durch Europa ziehen, auch durch Deutschland und junge Leute ansprechen, um sie für den Dschihad, den heiligen Krieg in militanter Form, „umzudrehen“. Das sind alles alarmierende Entwicklungen. Die Gründe können einfach Frustration oder gar Hass auf unsere Gesellschaft sein. Wenn jemand sehr religiös ist, kann er einen Hass auf unsere liberalen Lebens- und Umgangsformen entwickeln. Das alles können Faktoren sein, die einen gläubigen Muslim am Ende so radikalisieren, so aufwühlen, dass er zur Bombe greift.

Eine letzte Frage: Sie haben gerade den jüngsten Verfassungsschutzbericht

erwähnt. Dieser ist ein Zeugnis dafür, dass es ja auch noch ganz andere Gruppen gibt, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sozusagen von innen her bekämpfen. Ist unsere Demokratie diesen verfassungsfeindlichen Kräften gegenüber wehrhaft genug?

Die deutsche Demokratie hat sich eigentlich schon in ihrer bisher größten innenpolitischen Herausforderung, vor 30 Jahren im Kampf gegen den Terror der Roten Armee-Fraktion des linksextremistischen Terrorismus, bewährt. Wir sind nicht, wie die linken

„Wir sind nicht, wie die linken Propagandisten uns unterstellen wollten, in einen faschistischen Überwachungsstaat abgeglitten.“

Propagandisten uns unterstellen wollten, in einen faschistischen Überwachungsstaat abgeglitten, sondern man ist souverän, aus Sicht der Regierung, aus Sicht aller demokratischen Parteien, mit dieser Bedrohung umgegangen und hat sich als wehrhafte Demokratie bewehrt.

Heute haben wir angesichts der transnationalen und globalen Herausforderungen, angesichts der globalen Vernetzung, angesichts terroristischer sicherheitspolitischer

Netzwerkstrukturen, die unsere Demokratie gefährden könnten, eine eindeutig größer dimensionierte Herausforderung als noch zu Zeiten des Kalten Krieges. Die Gefahr droht und lauert überall, die Welt ist heute unsicherer geworden als vorher, weil sich auch unterhalb der staatlichen Schwelle substaatliche Organisationen, Kräfte und Formationen entwickeln. Es gibt die „failing states“, also versagende Staaten, beispielsweise in Afrika, wo überhaupt keine staatliche Kontrolle mehr vorherrscht.

Als Demokratie sind wir sicherlich nach wie vor wehrhaft, aber die Wehrhaftigkeit muss ständig überprüft werden, muss ständig an die veränderten politischen, wirtschaftlichen auch demographischen und weltpolitischen Entwicklungen angepasst werden; ebenso auch an das technische „Know-How“ der Terroristen. Und da kann es durchaus sein, dass gewisse Gesetze, die wir heute noch nicht haben, morgen sicherlich hochaktuell werden könnten.

Herr Tophoven, der EAK bedankt sich bei Ihnen für das Gespräch.

Einladung zur Landesversammlung des EAK der CDU Baden-Württemberg am Samstag, dem 27. September 2008, in Stuttgart

„In Verantwortung für die junge Generation:
Zu Erziehung bilden – zu Bildung erziehen“

- Ab 9.30 Uhr Landesversammlung im Landesmuseum „Altes Schloss“ (Schillerplatz 6) in Stuttgart mit **Helmut Rau MdL**, Kultusminister des Landes Baden Württemberg
Prof. Dr. Christof Schneider-Harpprecht, Oberkirchenrat Karlsruhe
Prof. Dr. Martin Weingardt, Päd. Hochschule Ludwigsburg
Hans-Michael Bender, EAK-Landesvorsitzender
- 13.15 Uhr Gottesdienst in der Stiftskirche (Stiftstraße 12) in Stuttgart mit **Prälat Ulrich Mack**, Stuttgart
- Ab 14.30 Uhr Mitgliederversammlung des EAK Landesverbandes mit Vorstandswahlen und Grußworten vom **Ersten Bürgermeister Michael Föll**, Stuttgart;
EAK-Bundesgeschäftsführer **Pastor Christian Meißner**

Informationen und Einladungen sind über die CDU-Landesgeschäftsstelle erhältlich:
Telefon 0711/6 69 04-0 | Telefax 0711/6 69 04 15 | E-Mail brigitte.kruck@cdu-bw.de



Heike Schmoll:
Lob der Elite. Warum wir sie brauchen.
 C. H. Beck Verlag, München 2008;
 ISBN-103406570283
 ISBN-139783406570285
 Gebunden, 173 Seiten, 17,90 EUR

Jeder aufmerksame Leser der FAZ kennt die klaren und mutigen Äußerungen zu bildungspolitischen Fragen von Heike Schmoll. Mutig ist es auch, dass sie angesichts der Diskussion um die Zukunft des deutschen Bildungswesens ein kleines Buch vorlegt, dessen Titel gewiss für viele, die sich heute auf diesem Feld tummeln, eine Provokation bedeutet.

Zur Lektüre dieses Buches muss man sich Zeit nehmen, denn Heike Schmoll geht nicht von den Forderungen nach mehr Abiturienten zur Deckung des Bedarfs von Technik und Wirtschaft aus, auch nicht von dem Streben nach Chancengleichheit mittels einer Einheitsschule, sondern sie fragt nach den Wurzeln des europäischen Geisteslebens. Dabei geht es ihr nicht um die einfache Übernahme der Bildungswege, die in der Antike, aber auch durch die Reformation, zu Eliten führten, sondern sie zeigt durchaus auch die Gefährdungen auf, die in den verschiedenen Epochen die Bildung echter Eliten bedrohen konnten.

Wichtig ist die Einsicht, dass man in Deutschland nach den Erfahrungen der letzten 100 Jahre ein gebrochenes Verhältnis zu Eliten hat und in ihrer Bildung eine Verletzung des Grundgesetzes der Gleichheit sieht.

Mit guten Gründen sieht Heike Schmoll in dem Programm von Bologna mit seiner Unterscheidung von wenigen Hochleistungs-Universitäten und einer großen Zahl von solchen, die immer mehr von der Verbindung von Forschung und Lehre abgehen gezwungen sind, eine schwere Gefährdung für das Heranwachsen von Eliten. Humboldts Bildungskonzeption, der Deutschland einst seine Geltung in Wissenschaft und Bildung verdankte, wäre dann endgültig aufgegeben. Jeder, der an der bildungspolitischen Diskussion in unserem Land teilnimmt oder ihr doch mit Verständnis folgen möchte, sollte das inhaltsreiche Buch lesen!

(Albrecht Martin, ehem. EAK-Bundesvorsitzender und Staatsminister a.D.)

Empfehlung ★★★★★



Ingo von Münch:
**Die deutsche Staatsangehörigkeit:
 Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft**
 De Gruyter Rechtswissenschaften Verlag,
 Berlin 2007;
 ISBN 978-3-89949-433-4
 Gebunden, 410 Seiten, 68,- EUR

„Das vorliegende Buch versucht, Entwicklungslinien nachzuspüren, historisch und politisch markante Ereignisse zu schildern und rechtliche Strukturen wie auch wichtige Gerichtsentscheidungen darzustellen: kurz den Wald der deutschen Staatsangehörigkeit trotz seiner vielen Bäume sichtbar zu machen.“ – Mit diesen, nicht ohne juristischen Humor vorgetragenen Worten beschreibt sein profiliertes Autor die zentrale Intention seines neuesten, staatsrechtlichen Buches. Ingo von Münch hat juristische Professuren an verschiedenen, renommierten deutschen Hochschulen sowie zuletzt in den USA wahrgenommen und sich durch mehrere maßgebliche Abhandlungen um die rechtswissenschaftliche Aufarbeitung der deutschen Zeitgeschichte unter dem nationalsozialistischen Staatssystem verdient gemacht.

Mit dem hier besprochenen Buch dokumentiert der Autor die unstete rechtsgeschichtliche Entwicklung der deutschen Staatsangehörigkeit seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, wobei das kurze Kapitel zur rassistischen Vorstellung von einer blutsbedingten „Deutschstämmigkeit“ in nationalsozialistischer Zeit eine der interessantesten Textpassagen ist (S. 59 – 77). Zudem zeichnet sich die akribische Studie des bekannten Verfassungsrechtlers durch die vier Kapitel der sich wandelnden Staatsangehörigkeit seit der deutschen Wiedervereinigung aus, die beinahe zehn Jahre nach dem Mauerfall durch das „Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts“ vom 15. Juli 1999 eine grundlegende Neuerung erfuhr (S. 128 – 158). Vor der aktuellen Diskussion um die deutsche Integrationspolitik ist aber auch der in die nahe Zukunft gerichtete, eingehende Blick auf die deutsche Staatsangehörigkeit in einer globalisierten Welt von besonderer Bedeutung (S. 251 – 312).

(Nicolas Basse, Mitarbeiter im MdB-Büro von Thomas Rachel)

Empfehlung ★★★★★



W. Gunther Plaut
Die Tora. In jüdischer Auslegung.
 Band 1 – 5 (Broschiert)
 Gütersloher Verlagshaus, April 2008
 ISBN-10: 3579054910 /
 ISBN-13: 978-3579054919
 2128 Seiten, 128,- EUR

Im Jahre 1981 (nach jüdischer Zeitrechnung im Jahre 5741) veröffentlichte der jüdische Reformtheologe W. Gunther Plaut in den USA dieses bahnbrechende Werk, das er in seinem Vorwort ausdrücklich „Juden wie auch Nichtjuden“ als ein „hilfreiches Werkzeug“ zur Vertiefung des Wissens über das Buch der Bücher und über die jüdische Tradition „im Lichte moderner Erkenntnisse“ anempfiehlt. Eine Übersetzung ins Deutsche war längst überfällig und wird hiermit zum ersten Mal vorgelegt. Plaut

versteht es, die Erkenntnisse der modernen historisch-kritischen Exegese mit den Perspektiven heutiger Frömmigkeitspraxis in lebendiger und tiefgründiger Weise zu versprechen. Diese besondere Mischung ist es, die Landesrabbiner Dr. Walter Homolka zufolge dafür gesorgt hat, dass das Werk „einen unbeschreiblichen Siegeszug“ angetreten habe und sich nun „in vielen Synagogenbanken der englischsprachigen Welt“ befinde (s. Vorwort zu Bd. 1). Neben dem hebräischen Originaltext wird jeweils eine Übersetzung mit ausführlichem Kommentar geliefert, der Bezug zum jüdischen Festkalender und seinen Traditionen erhellt sowie eine literarische Auslese mit höchst interessanten, wirkungsgeschichtlichen Reminiszenzen dargeboten. Damit macht man auch Pfarrer, Theologen und am christlich-jüdischen Dialog Interessierte glücklich: Ein besonderes Dankeschön an das Gütersloher Verlagshaus!

Empfehlung ★★★★★

„Globale Verantwortung im Zeichen von Frieden, Recht und Sicherheit“

Resolution des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) zur 45. Bundestagung

Präambel

Wir stehen heute, nach dem Ende des Kalten Krieges und seit der Zäsur des 11. Septembers 2001, in einer völlig neuen, globalen Verantwortung für Frieden, Recht und Sicherheit. Von sogenannten „zerfallenden Staaten“, dem international operierenden Terrorismus, einer zunehmend unkontrollierbaren Verbreitung von Militärtechnik sowie von teils neuen, teils alten und unbewältigten militärischen Konfliktfeldern geht insgesamt ein Bedrohungspotential aus, das kein Land der Welt mehr ignorieren kann. Gerade für die westlich geprägten, freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen bedeutet die Konfrontation und der Umgang mit diesen neuen und vielschichtigen Problemen immer auch eine elementare Anfrage an ihr eigenes rechtsstaatliches und wertegebundenes Selbstbewusstsein: Bei der notwendigen Bekämpfung von Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Rechtsbruch und Terror gilt es zu ausgewogenen, angemessenen und an den Maßstäben langfristiger Friedenssicherung orientierten Mitteln zu greifen.

Als politisch engagierte Christen sehen wir uns durch die Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in der Forderung zu einer neuen und umfassenden, internationalen Friedensbemühung bestärkt, die vor allem auch die Dimensionen einer internationalen sozialen Gerechtigkeit, des verantwortlichen Umgangs mit den Schöpfungsgütern und den endlichen Ressourcen sowie die Durchsetzung und Sicherung der universalen Menschenrechte mit einbezieht. Zur Fortentwicklung und Stärkung einer international verbindlichen und durchsetzbaren Friedens- und Rechtsordnung gibt es in ethischer Hinsicht keine tragfähige politische Alternative.

Der EAK appelliert an unsere Gesellschaft, insbesondere an Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft, die Diskussionen um zukunftsweisende und tragfähige politische Friedenskonzepte zu intensivieren und an deren Verwirklichung gemeinsam mitzuarbeiten.

I. Völkerrecht und neue Weltfriedensordnung

Zusammen mit der EKD stehen wir auf dem Standpunkt, dass Friedenspolitik gegenwärtig wie künftig nur dann von dauerhaftem Erfolg sein kann, wenn es neben dem Vorrang des zivilen Umganges mit Konflikten und der institutionellen und materiellen Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung auch zu einer neuen und wirksamen Durchsetzung des Völkerrechtes kommt.

Wir bekräftigen, was wir in unserer „Friedensresolution“ von Halle am 13. Juni 2003 gefordert haben. Es darf nicht sein, dass sich Staaten, in denen Anarchie, Terror und Missachtung der Freiheits- und Menschenrechte herrschen, vor dem Zugriff der

freiheits- wie friedliebenden Weltöffentlichkeit in Sicherheit wähnen und sich auf ein veraltetes Verständnis nationalstaatlicher Integrität berufen können. Wegen der Schwäche der UNO kann es zu einer Rückkehr zum „Recht des Stärkeren“ kommen. Die UNO muss willens und in der Lage sein, Staaten entgegenzutreten, die Menschenrechte in eklatanter Weise verletzen. Die Chancen der Globalisierung können nur dann segensreich wirken, wenn sie gesichert werden durch eine Übereinstimmung in den Rechtsvorstellungen und -strukturen der Gemeinschaft der Völker. Hierzu muss sich die UNO von Grund auf erneuern. In einem sicherlich lang dauernden Prozess muss Einvernehmen über die Menschenrechte erzielt werden.

Wir sehen mit Sorge die Grenzen im gegenwärtigen, wesentlich durch die UNO repräsentierten System „kollektiver Sicherheit“. Die UNO ist nicht hinreichend in der Lage, eigenen Beschlüssen und Resolutionen überzeugend Nachdruck zu verleihen. Ihrem Sicherheitsrat gehören Vetomächte an, die selbst Menschenrechte und völkerrechtliche Standards verletzen. Ein Konsens über die Kriterien legitimer militärischer Interventionen fehlt. Hier muss eine Erneuerung ansetzen, um dem Ziel eines durchsetzungsfähigen Völkerrechts als wesentlichem Schritt zu einer gerechten Weltfriedensordnung näher zu kommen.

Wir bekennen uns als christliche Demokraten zu den Werten von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit als Richtschnur für unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dies setzt für uns in erster Linie die Pflege und Weiterentwicklung eines starken und sich von den eigenen Werten ernsthaft bestimmen und auch selbst in die Pflicht nehmen lassenden, transatlantischen Bündnisses voraus. Nur auf dem festen Fundament dieser westlichen Wertegemeinschaft ist unser Beitrag zu einer tragfähigen und ihren Namen verdienenden Weltfriedensordnung möglich. Sie ist nur dann denkbar, wenn sie sich als eine an freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien ausgerichtete Ordnung versteht.

Das westliche Bündnis kann nur als Wertegemeinschaft Bestand haben und seinen glaubwürdigen Beitrag leisten. Darum darf es nicht geschehen und muss auch in Zukunft verhindert werden, dass Folter, Willkür und Menschenrechtsverletzungen bei der Bekämpfung des weltweiten Terrorismus als vermeintlich legitime Mittel in irgendeiner Weise zum Einsatz kommen und billigend oder stillschweigend geduldet werden.

Als Antwort auf die Herausforderung durch den internationalen Terrorismus und der damit einhergehenden Verbindung von inneren und äußeren Bedrohungen sowie der Asymmetrie der Konflikte bedarf das Völkerrecht einer Weiterentwicklung. Dabei

geht es im Schwerpunkt darum, ob und wie Terroranschläge kriegerischen Ausmaßes und die staatlichen Reaktionsmöglichkeiten in das Völkerrecht eingeordnet werden können.

II. Internationale Soziale Marktwirtschaft

Der Einsatz für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft zielt darauf, dass wir auch in globaler Perspektive die politischen Gestaltungsmöglichkeiten weiter verbessern müssen, um auf eine funktionsfähige und gerechte Ordnung der Weltwirtschaft hinwirken zu können. Bei der Formulierung eines friedenspolitischen Beitrages im interkontinentalen Maßstab kann der Europäische Binnenmarkt als ein Wegweiser zu einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft angesehen werden. Er ist entstanden und entwickelt sich aus einem Zusammenwachsen von Teilmärkten fort. Da die Unterschiede der wirtschaftlichen Fähigkeiten, der sozialen Traditionen und der Erwartungen sowie des kulturellen Umfeldes ungleich größer sind, wird das Vorhaben einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft ungleich schwieriger und langwieriger sein. Die in der jüngsten EKD-Friedensdenkschrift geforderte "transnationale soziale Gerechtigkeit" findet in einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft Entfaltung.

Die Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung und der Einsatz für eine gerechte Friedenspolitik basieren auf einer internationalen Verständigung über Bedingungen einer funktionsfähigen und gerechteren Ordnung für die Weltwirtschaft. Diese muss zum Ziel haben, dass alle Menschen von mehr Freiheit und Wohlstand in Sicherheit durch die Globalisierung profitieren können. Sie muss dafür sorgen, dass die gewonnene wirtschaftliche Freiheit dem Menschen dient. Wir wollen unseren Einfluss in der Welt nutzen. Im Kampf gegen Armut, Hunger, Seuchen, Analphabetentum, Korruption, Verstöße gegen Menschenrechte, Diskriminierung und kriegerische Konflikte halten wir die wachsende internationale Handelsverflechtung und fortschreitende Öffnung der Märkte für eine wichtige Antriebskraft.

III. Verantwortung für die Schöpfung und gerechter Umgang mit den endlichen Ressourcen

Globale Gerechtigkeit und Solidarität setzen gleichberechtigte Teilhabe an den natürlichen Ressourcen und deren sparsame Nutzung gleichermaßen voraus. Sowohl der ungenügende Zugang armer Völker bzw. Bevölkerungsschichten zu diesen Ressourcen als auch der verschwenderische Umgang mit ihnen führen zur Übernutzung der Natur und zerstören längerfristig unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Unsere Verantwortung für die Schöpfung erfordert daher zwingend eine nachhaltige Ressourcen-nutzung, die sowohl die sichere und wirtschaftlich tragbare Versorgung der heute Lebenden als auch die Lebenschancen künftiger Generationen, also die Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen durch weitgehend geschlossene Stoff- und Energiekreisläufe im Auge hat.

Dies gilt neben der Nutzung des Bodens und des Wassers in besonderem Maße für die Energieversorgung. Angesichts der Verknappung und Verteuerung fossiler Energieträger ist eine sichere, umweltfreundliche und wirtschaftliche Energieversorgung, die zunehmend aus regenerativen Quellen gespeist wird, eine politische Zukunftsfrage von überragender Bedeutung. Die Nachhaltigkeit beim Umgang mit den natürlichen Ressourcen wäre gleichzeitig der Weg, den globalen Klimawandel zu mildern, der zu einer Bedrohung für unsere zukünftigen Lebensgrundlagen geworden ist. Nur so lassen sich zusätzliche Konflikte um elementare Lebensgrundlagen und natürliche Ressourcen vermeiden.

Für uns bedeutet daher eine in der Verantwortung für die Schöpfung gegründete Ressourcen-, Umwelt- und Klimapolitik ein wesentlicher Bestandteil einer aktiven Friedenspolitik, die sich in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik niederschlagen muss, um einen Beitrag zur globalen Gerechtigkeit und Solidarität zu leisten.

IV. Universale Menschenrechte und Existenzrecht Israels

Eine wesentliche Voraussetzung für eine gerechte Weltfriedensordnung bilden die Durchsetzung der universalen Menschenrechte und der Einsatz für Meinungs- und Religionsfreiheit.

So selbstverständlich es ist, dass in unseren freiheitlichen und rechtsstaatlich verfassten Demokratien die Gewährung der elementaren Menschenrechte sowie der besonderen Bürgerrechte nicht verhandelbar sind, gilt es dennoch im Dialog und in der Auseinandersetzung mit Staaten der Erde, in denen es immer wieder zu gravierenden Menschenrechtsverstößen und bewussten Missachtungen elementarer Grundrechte kommt, mit allem außenpolitischen Nachdruck auf das alte, völkerrechtliche Prinzip der Gegenseitigkeit zu verweisen.

In besonderer Weise gilt dies leider immer wieder auch für zahlreiche islamische Staaten im Hinblick auf die Unterdrückung von grundlegenden Religionsfreiheitsrechten bzw. von religiösen Minderheitenrechten. Da es „ohne Religionsfrieden keinen Weltfrieden“ geben kann, müssen wir deutlich machen, dass etwa die Unterdrückung und Verfolgung von Christen und Andersgläubigen in vielen islamischen Ländern international nicht länger akzeptiert werden kann. Die derzeitigen Verfolgungen von Christen im Irak beispielsweise, die fast schon genozidartige Züge tragen, und die notorischen Unterdrückungen der Religionsfreiheit in anderen muslimischen Ländern und Regionen fordern von uns ein entschiedenes Handeln.

Auch im Bemühen um einen Frieden im Nahen Osten kann es keine Lösung geben, die nicht von der vollen Garantie für das Existenzrecht Israels ausgeht. In der EKD-Friedensdenkschrift wird diese Fragestellung leider nicht eigens reflektiert. Als evangelische Christen in CDU und CSU bekennen wir uns zum unbedingten Existenzrecht Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen. Dazu gehört auch, dass wir entschlossen eine nukleare Bewaffnung des Iran verhindern müssen. Die Infragestellung der Existenz des Staates Israel, aber auch Antisemitismus und Vergleiche, welche die Shoa verharmlosen, sind Skandale, denen wir uns national wie international mit aller Kraft entgegenstellen müssen.

Als christliche Demokraten wissen wir, dass eine dem christlichen Menschenbild und der christlichen Friedensethik verpflichtete Außen-, Verteidigungs- und Innenpolitik von dem Willen, der Entschlossenheit und der Fähigkeit getragen sein muss, vor allem auch für unsere eigenen Werte, Überzeugungen und Interessen glaubwürdig und entschieden einzutreten. Der weltweite Einsatz für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in der Perspektive gelebter Friedensverantwortung, der Bemühung um Völkerverständigung und des Dialoges zwischen den Kulturen ergibt sich dabei zum einen aus dem besonderen Charakter der christlichen Versöhnungsbotschaft selbst. Zum anderen erweist er sich gleichermaßen als Beitrag zur aktiven nationalen Sicherheitsvorsorge und dient dem eigenen Interessenschutz.

Bundsvorstand des EAK der CDU/CSU
Berlin, den 20. Juni 2008



Dr. Angela Merkel und Thomas Rachel

45. Bundestagung des EAK der CDU/CSU in Berlin zum Thema „Globale Verantwortung“

In ihrer Rede auf der diesjährigen Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) rief die Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende der CDU Deutschlands, **Dr. Angela Merkel MdB**, die knapp 400 Gäste im Konrad-Adenauer-Haus dazu auf, sich auch weiterhin gemeinsam für die tragenden, wertemäßigen Grundlagen unseres Rechtsstaates einzusetzen. Die Bundeskanzlerin unterstrich in diesem Zusammenhang die besondere Bedeutung der vom christlichen Menschenbild inspirierten und getragenen Sozialen Marktwirtschaft und betonte die zentrale Rolle der Bildungspolitik für die Bewältigung der künftigen Herausforderungen der Globalisierung. Sie schloss mit einem beeindruckenden Plädoyer für die selbstbewusste Verteidigung der eigenen Grundüberzeugungen und warb für die Wiederentdeckung der Tugend des „Gottvertrauens“ auch und gerade für eine Politik aus christlicher Verantwortung.

Der Bundesvorsitzende des EAK, **Thomas Rachel MdB**, hatte zuvor die Resolution des Bundesvorstandes zum Thema „Globale Verantwortung im Zeichen von Frieden, Recht und Sicherheit“ vorgestellt (s. S. 12 + 13) und auf den Skandal der weltweiten Christenverfolgungen im Irak und anderen islamischen Ländern hingewiesen. In seiner Eröffnungsrede warnte er vor politischen und gesellschaftlichen Strömungen, die das Grundrecht der Religionsfreiheit in atheistischer Weise zur bloßen Freiheit „von“ Religion verzerren würden. Er warb für den konfessionellen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und für die Anwesenheit christlicher Symbole in öffentlichen Räumen und Gebäuden: „Kreuz, Habit und Kippa“ dürften mit dem islamischen Kopftuch, als Zeichen der Frauenunterdrückung und als Ausfluss eines politisch-religiösen Fundamentalismus, nicht in einen Topf geworfen werden. Der Bundeskanzlerin dankte

Thomas Rachel für ihren überzeugenden und glaubwürdigen weltweiten Einsatz für die Achtung und Durchsetzung der universalen Menschenrechte: „Wir haben in Ihnen eine Bundeskanzlerin, die sich nicht scheut, auch kritische Wahrheiten um der betroffenen Menschen willen in den entsprechenden Ländern an- und auszusprechen.“

Weitere Gäste der Bundestagung waren der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, **Christian Schmidt MdB**, der über die aktuellen Herausforderungen nationaler und internationaler Friedenspolitik berichtete sowie der Militärbischof der EKD, **Peter Krug**, der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik, **Günter Nooke**, der Journalist und Terrorismusexperte, **Rolf Tophoven** und der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, **Dr. Friedbert Pflüger MdB**, als Teilnehmer

des traditionellen „Theologischen Abendgespräches“.

Staatssekretär Christian Schmidt skizzierte in seinem Vortrag den Wandel in der deutschen Sicherheitspolitik seit der „Zeitenwende“ der Jahre 1989/1990 und nahm Bezug auf das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ (2006) sowie zur jüngsten EKD-Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“, bei denen man bezüglich der Resonanz in der öffentlichen Wahrnehmung – mit den Worten von Bundespräsident Horst Köhler – leider von einem „freundlichen Desinteresse“ sprechen müsse. Allein schon das „freundliche Desinteresse“ an diesen beiden wichtigen Texten stünde in einem augenfälligen Widerspruch zur eigentlichen Bedeutsamkeit der durch sie aufgewiesenen Thematik. Schmidt warb dafür, auch beim EAK, auf allen Ebenen, die zentralen Diskussionen um die Fragen der Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik weiter fortzuführen und hier die auch für die Friedenspolitik insgesamt so nötige „Übersetzungsarbeit“ zu leisten. Gerade weil es bei den internationalen und nationalen Herausforderungen der Friedenspolitik auch um viele „unpopuläre“ und „unbequeme“ Fragen gehe, sei es wichtig, die ethischen wie politischen Grundsätze in Relation zu den aktuellen Möglichkeiten zu setzen und daraus die angemessenen Mittel und Instrumente abzuleiten. Schmidt unterstrich, dass eine gute deutsche Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik nicht einem defizitären Friedensbegriff im Sinne eines bloßen Ruhezustandes oder bloß äußerer Stabilität verpflichtet sei, sondern sich immer auch in der Verantwortung für einen gerechten und qualifizierten Frieden sehen müsse.

Der Militärbischof der EKD, Peter Krug, erinnerte in diesem Zusammenhang an die Segensbitte des 85. Psalms, in dem die Hoffnung zum Ausdruck gebracht wird, dass „Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (V. 11) werden. Gerade in dieser biblischen Vision läge für Christenmenschen „eine Quelle der Kraft und der Zuversicht, sich in dieser Zeit und Welt für so viel Frieden in Gerechtigkeit wie nur möglich einzusetzen“. Günter Nooke schilderte die „Mühen der Ebene“ einer gerechten Friedenspolitik und die heutigen Schwierigkeiten und Widerstände bei der Verteidigung der Idee der universalen Menschenrechte. In verantwortungsethischer Perspektive käme man auch



von links nach rechts: Dr. Klaus Schüler und Peter Krug
von oben nach unten: Dr. Christian Schmidt, Günter Nooke und Dr. Friedbert Pflüger

in Zukunft nicht um die schwierigen politischen Abwägungskonflikte herum. Im Anschluss daran erteilte Friedbert Pflüger radikal-pazifistischen Positionen in der Friedensfrage eine klare Absage, da diese verantwortungsethisch letztlich nicht zu rechtfertigen seien. Man müsse sich von dem Irrglauben verabschieden, dass es in dieser Welt jemals einen Zustand der völligen Gewalt- bzw. Konfliktlosigkeit geben könne. Aus der Sicht der sogenannten „Zwei-Reiche-Lehre“ heraus plädierte er für die auch bereits bei Martin Luther als legitim anerkannte Verantwortung für den Schutz und die Verteidigung des Nächsten sowie das staatliche Notwehrrecht. Der Christenmensch mache sich natürlich schuldig, wenn er Gewalt anwende. Deshalb müssten vor allem die Fragen der militärischen Gewaltanwendung immer wieder sorgfältig und behutsam abgewogen werden. Die Schuld könne aber noch größer sein, überließe man seine Mitmenschen schutzlos dem gewaltsamen Zugriff eines Angreifers. „Deshalb darf der Christ auf Vergebung hoffen, der bei der Vorbereitung und Durchführung der Verteidigung auch schuldig werde“, so Pflüger. Rolf Tophoven unterstrich die dringende Notwendigkeit, sich in der Konfrontation mit einem neuen, international vernetzten und mit tödlicher Effektivität operierenden Terrorismus, als wehrhafte Demokratie zu erweisen.

Persönliche Grußworte zur 45. Bundestagung entboten der Bundesgeschäftsführer der CDU, Dr. Klaus Schüler, der Vorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, Helmut Sauer, sowie die Ländervorsitzende des EAK Berlin-Brandenburg, Silke Adam.



Neue Arbeitsmarktperspektiven für Menschen ab 50

Das erste kirchennahe Internetportal „20jahre.com“

Am 9. März 2007 wurde die sogenannte „Rente mit 67“ beschlossen. Die bis dato übliche Regelaltersgrenze von 65 Jahren gab es seit über 90 Jahren. Noch im Jahre 1916 lag sie übrigens für den normalen Arbeiter bei 70 Jahren. Als endliche und begrenzte Wesen, die wir mit unserer eigenen Lebenszeit gemeinhin immer nur einen gewissen Anteil an der Zeitspanne eines vollen Jahrhunderts haben dürften, wissen wir: In einem knappen Jahrhundert Menschheitsgeschichte pflegt sich doch so manches zu verändern. Betrachtet man aber die bereits für ein normales Menschenleben ohnehin schon schier unauslotbare Zeitspanne von 1917 bis 2007, dann muss einem die Heraufsetzung der Regelaltersgrenze für den Renteneintritt um lediglich 2 Jahre doch wohl als vergleichsweise beständig bzw. moderat vorkommen, zumindest dann, wenn man sich einmal wirklich klar macht, was sich seit 1917 ansonsten noch so alles verändert hat. Dass sich insbesondere die Arbeitsmarktsituation in Deutschland in den letzten Jahrzehnten für jedermann spürbar gewandelt hat und sie sich vor allem auch in Zukunft noch deutlicher verändern wird, belegen die folgenden Zahlen: Lag das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern im Jahre 1960 noch bei 8:1, liegt es heutigentags nur noch bei ca. 3,2:1 (2006) und wird im Jahre 2030 wohl bei dramatischen 2:1 liegen! Die Folgen, die diese Grund stürzende, demographische Entwicklung allein für die einschlägigen Bereiche „Arbeitsmarkt“, „Rente“, „Gesundheit“ und „Pflege“ haben wird, müssen bereits jetzt in verantwortlicher Weise politisch in den Blick genommen werden. Nur wenn man weiß, wohin die Reise aller Voraussicht nach gehen wird, und wenn man die Weichen zur rechten Zeit richtig zu stellen versteht, kann man auch aus schwierigen, strukturellen Wandlungsprozessen heraus neue Perspektiven entwickeln.

Im Jahre 2030 wird es – nach Einschätzung vieler Ökonomen – allein schon wegen der prognostizierbaren Gesamtentspannung auf dem Arbeitsmarkt – zu

einer deutlich erhöhten Erwerbsquote älterer Menschen kommen. Durch den Bevölkerungsrückgang und den chronischen Ausfall geburtenstarker Jahrgänge wird die vermehrte Teilhabe älterer Menschen am Arbeitsprozess nicht nur als ein ohnehin moralisches, sondern auch als ein regelrecht existentielles Gebot der Stunde zu betrachten sein. Die dauerhafte Integration der Generation „50 plus“ ist somit von mindestens ebenso zentraler Bedeutung für unsere volkswirtschaftliche Zukunft wie die Entwicklung hoffnungsvoller Perspektiven für jüngere Arbeitnehmer. Das Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen der Bundesregierung trägt diesem Sachverhalt bereits Rechnung: Die „Initiative 50plus“ stellt eine wesentliche und notwendige Ergänzung zur „Rente mit 67“ dar. Darum benötigen wir im gesamten Bundesgebiet eine nachhaltige Verbesserung der schwierigen Situation der über 50jährigen Menschen, die nicht selten von zum Teil längerer Arbeitslosigkeit betroffen sind. Allein bis zum Herbst des vergangenen Jahres konnten bereits mehr als 20 000 Menschen aus der Generation „50 plus“ durch dieses zukunftsorientierte Programm der Bundesregierung auf einen neuen Arbeitsplatz vermittelt werden. Die ersten Schritte sind also bereits getan.

Nun ist vor kurzem auch das erste kirchennahe Internetportal, das sich den vielen Herausforderungen des „älter werdenden“ deutschen Arbeitsmarktes stellt, frei geschaltet worden: Es heißt „20jahre.com“ und bietet gerade jenen Menschen, die bis vor wenigen Jahren in immer höherer Zahl aus einem geregelten beruflichen Leben gedrängt wurden und die im Schnitt eine über gut zwanzigjährige Berufserfahrung („Menschen mit Erfahrung“) vorweisen können, die Chance auf eine berufliche Neuorientierung. „20jahre.com“ setzt sich gezielt für die Generation „50 plus“ auf dem Arbeitsmarkt ein – und damit für eine erforderliche „Kultur der fortwährenden Erwerbstätigkeit“. „Unsere Arbeit besteht darin, gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft,

Gesundheit, den Kirchen und aus sozialen Bereichen Denkprozesse und Veränderungen anzuregen und zu implementieren, die diese Kultur unterstützen“, so **Detlev Weise**, evangelischer Christ aus Berlin, zweifacher Familienvater und Initiator von „20jahre.com“. Weise engagiert sich neben seiner beruflichen Laufbahn als ehrenamtliches Kuratoriumsmitglied für die Diakoniestiftung Lazarus in Berlin. Darüber hinaus konnte er mit „Charisma“, einem gleichfalls noch jungen Projekt des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, bereits einen bedeutenden strategischen Partner unter den kirchlichen Institutionen gewinnen. Auch der Ratsvorsitzende der EKD, **Bischof Dr. Wolfgang Huber** (EKBO), unterstützt das Projekt. Auf der neuen Internetseite von „20jahre.com“ gibt es jede Menge interessante und weiterführende Informationen für erfahrene Arbeitssuchende, und aktuelle Stellenangebote können jederzeit bequem eingesehen werden.

Es ist eine gemeinsame Herausforderung von Politik, Gesellschaft und Kirche, den komplexen, demographischen Wandel aktiv mit zu gestalten und Weise hat Recht, wenn er konstatiert: „Es wird in unserer mitunter kirchenkritischen Gesellschaft leider noch immer nicht voll wahrgenommen, dass auch die Kirchen und karitative Einrichtungen den vielen Arbeit suchenden Menschen große Chancen bieten“.

Mehr Informationen unter:
www.20jahre.com.



Christian Meißner
Bundesgeschäftsführer des
EAK der CDU/CSU

Axel Wintermeyer MdL bleibt hessischer EAK-Landeschef

Wiesbaden/Homberg: Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, **Axel Wintermeyer MdL** (Main-Taunus) bleibt Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Hessen. Die Landesdelegiertenversammlung in der Hessentagsstadt Homberg/Efze bestätigte den seit 2004 amtierenden Landesvorsitzenden vor kurzem einstimmig in seinem Amt. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden ebenfalls der Kasseler Bürgermeister **Thomas Erik Junge** sowie **Tobias Utter MdL** (Wetterau) wiedergewählt. Schriftführer bleibt **Ulrich Caspar MdL** (Frankfurt). Als Beisitzer wurden gewählt: **Dr. Klaus Maier** (Frankfurt), **Tobias Greilich** (Wetterau), **Landtagspräsident Norbert Kartmann MdL** (Wetterau), **Ulrich Fröhlich** (Schwalm-Eder), **Dr. Holger Böckel** (Lahn-Dill), **Ludwig Achenbach** (Darmstadt), **Jörg Niesner** (Gießen), **Wolfgang Schott** (Schwalm-Eder), **Friedrich-Wilhelm Tewes** (Waldeck-Frankenberg), **Jan Schäfer** (Frankfurt) und **Marian Zachow** (Marburg-Biedenkopf).

In seinem Rechenschaftsbericht zog Wintermeyer eine positive Bilanz des zurückliegenden Amtsjahres: „Es ist uns gelungen, als EAK innerhalb der CDU und innerhalb des EAK-Bundesverbandes Profil zu zeigen und den inhaltlichen Kurs mitzubestimmen“. Mit vielbeachteten Fachveranstaltungen – wie etwa den „Frankfurter Disputationen“ – und einem regen Dialog auch mit den Kirchenleitungen in Kurhessen-Waldeck und Hessen-Nassau habe man zudem vielfältige Beachtung gefunden und Impulse geben können. Für die Zukunft kündigte er an, noch stärker den Weg an die Öffentlichkeit zu suchen. „In Kirche und Politik wollen wir eine hörbare Stimme sein, die aus christlicher Verantwortung mit Augenmaß und Werteorientierung klar und fundiert Stellung bezieht“, so Wintermeyer.

Der besondere Dank des Landesvorsitzenden galt den beiden ausscheidenden Landesvorstandsmitgliedern **Hella Welker** (Frankfurt) und **Heidemarie Schild** (Kassel), die beide nicht mehr kandidierten. „Beide Landesvorstandsmitglieder haben über Jahre hinweg die Arbeit des



Von links: Norbert Kartmann, Dr. Holger Böckel, Friedrich-Wilhelm Tewes, Dr. Klaus Maier, Jörg Niesner, Marian Zachow, Axel Wintermeyer, Ulrich Caspar, Thomas-Erik Junge, Tobias Utter, Ulrich Fröhlich, Wolfgang Schott

Landesvorstandes geprägt – und vor Ort dafür gesorgt, daß der EAK als anerkannter und kompetenter Gesprächspartner geschätzt wird“, würdigte Wintermeyer die Verdienste der beiden langjährigen, engagierten Mitarbeiterinnen des EAK.

Thematisch stand die Landesversammlung im Zeichen des 200. Jahrestages der Geburt von Johann-Hinrich Wichern. Der ehemalige Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, **Dr. Jürgen Gohde**, referierte über das Lebenswerk des Mannes, der als der eigentliche Begründer diakonischen Engagements der Kirche gilt. Gohde würdigte Wichern als einen Vordenker, der frühzeitig erkannt habe, daß Bildungsaktivitäten auch ein wichtiger sozialpolitischer Beitrag seien. Zudem habe er – und darin sei er hochaktuell – frühzeitig erkannt, daß diakonisches Handeln und die konkrete helfende Zuwendung zu den Schwachen nicht nur essentielle Aufgabe der Kirche, sondern zugleich auch eine intelligente Strategie sei, als Kirche in einer zunehmend säkularisierten Welt den Weg zum Menschen zu finden. Gleichzeitig dürfe aber eine fundierte Wichernrezeption

auch nicht verkennen, dass er als sozialpolitischer Ratgeber heute kaum taugt: „Er hatte zwar einen scharfen Blick für die Notlage der einzelnen Menschen – aber daß man Strukturen und Verhältnisse ändern muß, um Not und Elend der einzelnen zu bekämpfen, war ihm ein völlig fremder Gedanke“, so Gohde.

Spendenstand

Seit dem 1. Januar 2008 haben insgesamt 130 Spender 7228,00 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

Ingo Friedrich mit großer Mehrheit als Landesvorsitzender des EAK der CSU wiedergewählt

Der stellvertretende CSU-Vorsitzende Dr. Ingo Friedrich MdEP wurde auf der Landesversammlung des EAK der CSU in Ingolstadt mit überwältigender Mehrheit (97 % der Stimmen) im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt. Als Stellvertreter wurden **Ursula Bauer MdL** (Oberbayern), **Stefanie Finzel** (Oberfranken), **Harald Häßler** (Nürnberg) und **Wolfgang Hofmann** (München) wieder gewählt.



In seiner Rede betonte der wieder gewählte Landesvorsitzende Ingo Friedrich, dass es ein zentrales Anliegen des EAK sei, als Brücke die Beziehungen zwischen der evangelischen Kirche und der CSU auszubauen und zu intensivieren. In seinem Rechenschaftsbericht hob der langjährige Europaabgeordnete die Verantwortung Europas für die Propagierung und den Schutz der christlich-abendländischen Werten hervor: „Es ist ein besonderer Auftrag Europas als christliche Wertegemeinschaft, verfolgten Christen in Not in aller Welt beizustehen.“

Im Hinblick auf die Wahl des Bundespräsidenten im Jahr 2009 wurde einstimmig beschlossen, die Mitglieder der Bundesversammlung aufzufordern, Horst Köhler als Bundespräsidenten wieder zu wählen. Der Landesverband begrüßt die

neuerlichen Bemühungen aus den Reihen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den „Skandal um häufige Spätabtreibungen“ zu beenden.

Als Gastredner rief Bundesminister **Horst Seehofer MdB** dazu auf, die steuerlichen Entlastungsvorschläge der CSU zu unterstützen: „Der Staat darf nicht weiterhin der Nutznießer der hohen Energiepreise und der ‚kalten Steuerprogression‘ bleiben.“ Besonders wichtig sei es, die Situation der Kinder und Alleinerziehenden zu verbessern. Der EAK-Bundesgeschäftsführer, **Christian Meißner**, erinnerte in seinem Grußwort an die dezidiert protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft und beschrieb diese als eine der tragenden Säulen des christlich-demokratischen Politikverständnisses.



untere Reihe v. l. n. r.: Petra Guttenberger, Hedi Seifert, Dr. Ingo Friedrich, Elisabeth Henninger, Rolf Rabenstein und Harald Häßler
obere Reihe v. l. n. r.: Vera Eckle, Dr. Alfred Seiferlein, Klaus Walter, Hans-Thomas von Albert, Jürgen Thiede, Thomas Blösel, Hans-Jürgen Hopf, Mathias Ritzmann und Christa Nürnberger
Bild oben links: Horst Seehofer
Bild unten links: Christian Meißner

EAK-Sächsische Schweiz

Pirna: Im Wahlkreisbüro von Klaus Brähmig MdB firmiert die Initiativgruppe zur Gründung eines evangelischen Arbeitskreises der CDU Sächsische Schweiz/Osterzgebirge. Im Bild (v.l.n.r.): Friedemann Trittmacher

(Schellerhau), Isolde Leuschke (Pirna), Dr. Peter Schumann (EAK Landesverband), Martin Richter (Rabenau), Klaus Brähmig, Frank Ludwig (Pirna), Dr. Ralf Thomas (Freital), Dietmar Böhm (Stolpen).



Impressum

Meinungen und Informationen
aus dem Evangelischen Arbeitskreis
der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich,
Christine Lieberknecht, Dieter Hackler,
Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

Redaktion Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de
Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren
Herrn Rolf Tophoven
Journalist und Leiter des Instituts
für Terrorismusforschung (IFTUS)
c/o EAK-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Herrn Staatsminister a. D.
Albrecht Martin
c/o EAK-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Nicolas Basse
c/o EAK-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Druck Druckerei Conrad
Gestaltungskonzeption/Realisation
Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis
Joachim Wolf: Titelbild, S. 3, 5, 8, 14 + 15

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung der Redaktion und mit Quellen-
angabe kostenlos gestattet – Belegexemplar
erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen die Meinung des Verfassers dar,
nicht unbedingt die der Redaktion oder der
Herausgeber.

Papier: 100 % chlorfrei

Pressemitteilung vom 08.05.2008

Berliner SPD betreibt antikirchliche Politik

Zu den Plänen der SPD das Pflichtfach „Ethik“ schon ab der ersten Klasse in Berlin einzuführen, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Die Pläne der Berliner SPD, das umstrittene Pflichtfach „Ethik“ nun schon ab dem ersten Schuljahr einzuführen sind ein offener und gezielter Affront gegen alle Christinnen und Christen in der Hauptstadt. Während sich viele Bürgerinnen und Bürger, die Kirchen und die Christlich-Demokratische Union (CDU) in Berlin engagiert für das Volksbegehren zur Einführung eines ordentlichen, konfessionellen Religionsunterrichtes stark machen, betreibt die Sozialdemokratie weiter einen kirchen- und religionsfeindlichen Kulturkampf.“

Wenn sich die SPD auf Bundesebene dieser Tage der Gründung eines Arbeitskreises „Christinnen und Christen in der SPD“ brüstet und dieselbe Partei dem christlichen Religionsunterricht in der Bundeshauptstadt den vollständigen Garaus machen will, belegt dies, dass Reden und Handeln der SPD in einem eklatanten Widerspruch stehen.

Die Pläne der SPD sind ein Schlag ins Gesicht aller Bürgerinnen und Bürger, denen christliche Bildung und die glaubensgeprägten Wertgrundlagen unserer Kultur am Herzen liegen. Als EAK und als CDU werden wir solchen politisch-ideologischen Absichten auch weiterhin deutlich entgegentreten: Gerade in einer freiheitlichen und modernen Demokratie muss das Recht auf konkrete Glaubens- und Gewissensfreiheit gewahrt werden und darf nicht einem religionsfeindlichen Werteverständnis geopfert werden, so wie es ein alleiniges Pflichtfach „Ethik“ ohne Wahlalternative letztlich darstellt.“



*„Siehe, Kinder sind eine Gabe des Herrn und
Leibesfrucht ist ein Geschenk“ (Psalm 127,3)*

Kinder sind ein Segen! Sie schenken uns unverhofft und völlig überraschend neue und herrliche Perspektiven, sie geben uns Freude, Liebe, Hoffnung und Lebensmut und lassen uns alles noch einmal in aufregend neuer und tieferer Weise sehen und erfahren. Natürlich sind Kinder auch anstrengend, manchmal sogar bis zum Anschlag! Das weiß jeder, der selbst Kinder großzieht oder einmal groß gezogen hat. Aber menschliche Mühen und göttlicher Segen stehen hier (wie übrigens auch in den anderen Bereichen unseres Lebens) nicht wirklich im Gegensatz oder Widerspruch zueinander. Deshalb hat Jesus auch die Kinder gesegnet, denn „Kinder“ und „Glaube“ haben viel miteinander zu tun: Da gibt es Mühsal, Herausforderung, Glück und Segen in einem. Jeden Tag wieder neu. Und die größte Herausforderung ist wohl, dass sowohl unsere Kinder als auch unser christlicher Glaube uns buchstäblich „heraus“ fordern, andere und neue Menschen zu werden bzw. immer wieder anderes und neues in unserem Leben zuzulassen.

Nicht wir sind die Macher unseres Lebens, unser Planen ist vielmehr oft eitel und leer, sondern Gott lässt alles in und um uns herum neu werden. Das gilt vor allem auch für unsere Kinder. Sowohl der krampfhaft übersteigerte und bisweilen geradezu hysterische „Kult ums Kind“ als auch die bisweilen erschreckende Kinderentwöhntheit von Teilen der Gesellschaft in Form aggressiver Ablehnungshaltungen sind eigentlich zwei Seiten ein- und derselben Glaubensnot, nämlich alles nur noch von sich selbst und den eigenen Vorstellungen abhängig zu machen, statt einmal vertrauensvoll auf Gott zu bauen und zuversichtlicher zu werden. Darum sollten wir uns in geistlicher Perspektive auch und vor allem in den Zeiten von Pille, Pränataldiagnostik und künstlicher Befruchtung immer wieder auch selbstkritisch fragen: „Rechnen wir überhaupt noch mit Gott oder kommt alles nur noch auf uns selbst an?“

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

